

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Thlr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 12½ Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreigezahlte Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N^o 117.

Halle, Donnerstag den 24. Mai
Hierzu zwei Beilagen.

1866.

Deutschland.

Die Nachricht des „Dresdner Journals“, daß der Pariser Congreß allseitig angenommen, ist bereits in unserer gestrigen zweiten Beilage als unbegründet nachgewiesen worden. Jetzt bringt das genannte amtliche Blatt den Widerruf in folgender Weise:

Wien, d. 22. Mai. (Directe Meldung.) Die Nachricht, daß der Pariser Congreß unter allseitiger Theilnahme der betreffenden Mächte bereits am 25. Mai zusammentreten werde, wird hier als verfrüht betrachtet. Man will wissen, daß Oesterreichs Antwort bis gestern Nachmittag noch nicht abgegangen war. (Die Nachricht, daß der Congreß allseitig angenommen sei und nächsten Freitag die Eröffnung desselben stattfinden werde, wurde uns gestern von Berlin aus besser Duellie gemeldet, und wir theilten uns deshalb, unfern Lesern diese Nachricht, ihres friedlichen Charakters wegen, per Extrablatt mitzutheilen; wie es scheint, bedarf dieselbe indessen doch noch der Bestätigung. D. Red. des Dresdner Journals.)

Die „Berl. Börsen-Zeitung“ glaubt diese angeblich beste Duellie genau bezeichnen zu können, indem sie sagt: „Die Depesche des „Dresdner Journ.“ ist von Berlin aus allerdings durch den hiesigen sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal nach Dresden gesandt worden, ist aber lediglich auf eine am Sonnabend Abend auf einer Soirée des russischen Gesandten v. Dubvil ausgebrütete Ente zurückzuführen, durch welche Graf Hohenthal mystificirt sein dürfte. In Wirklichkeit liegt das Sachverhältniß wesentlich anders. Es liegt dem König ein die Ziele Preußens Angesichts der jetzigen Eventualität genau präcisirtes Manifest bereits zur Unterschrift vor. Die Aufstellung und das Vorschieben der Truppen nehmen ungehindert ihren Fortgang, und am Freitag geht der Kronprinz zur sächsischen Armee ab. Wir würden noch manche Details hinzufügen können, die beweisen würden, daß wir genau unterrichtet sind, allein die Zeitungen müssen sich gegenwärtig absichtlich eine große Zurückhaltung auferlegen, um nicht ernstere Interessen zu gefährden.“

Die Wiener Blätter äußern sich so spöttisch über den Congreß-Vorschlag, daß man sich dort nur noch nach einer Form umzusehen scheint, in welcher derselbe zu begabren ist, ohne die anderen Mächte zu empfindlich zu verletzen. Nach vielfachen Anzeichen hat diese Haltung Oesterreichs doch selbst bei vielen deutschen Regierungen nicht geringen Anstoß erregt. Selbst der „St.-Anz. für Württemb.“, der in österreichischem Fanatismus das Keuscherste leistet und lieber französisch als preussisch werden will, beginnt dem blind anlaufenden Wiener Hochmuth den Ritz zu legen, der Alles zu verderben drohe, indem er es verschiedenen mittelstaatlichen Regierungen sogar unmöglich machen könne, ihren nächsten zusammentretenden Kammern die Ueberzeugung bezubringen, daß für Oesterreich als den provocirten Theil gerüht werden müsse. Diese Mißlimmung über Oesterreichs Vorgehen hat auch bereits auf der Bamberger Konferenz lähmend gewirkt. Es ist nur zu wünschen, daß die preussische Regierung diese beginnende Wendung gebührend beachte und nicht durch neue verletzende Kundgebungen die Strömung wieder auf die andere Seite lenke. Nur in einer Isolirung des mit der Rücksichtslosigkeit des verworfenen Spielers vorgehenden Oesterreich liegt noch die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, oder doch mindestens einen Bürgerkrieg Preußens mit den andern deutschen Staaten zu verhüten, den man mit feiner neuen Ausfaat klügeligen Hasses für eine lange Zukunft hinaus hüben wie drüben aufs Tiefste verabscheuen muß.

Ueber den Pariser Congreß sagt übrigens ein in der neuesten „Köln. Zig.“ enthaltener Telegramm aus Paris vom 22. Mai: „Die Hoffnung der Annahme bleibt, allein die amtliche Notification des Programms wird erst am Donnerstag von Paris abgehen.“

Der Pariser „Const. National“ schreibt: „Frankreich und England sind über die Form, in welcher sie ihre Eröffnungen an die in Const.

beständlichen Regierungen richten wollen, einig; der zustimmenden Antwort Rußlands wird entgegengehoben und hat man allen Grund zu hoffen, daß in wenigen Tagen die drei Kabinete in der Lage sein werden, den beregten Schritt zu thun. Es ist unmöglich, sich über den Ernst der Bemühnisse zwischen Preußen, Oesterreich und Italien Illusionen zu machen; sobald jedoch Frankreich, England und Rußland sich einer derartigen Mission unterziehen, so wäre es unverständlich, zu glauben, daß dieselbe von ihnen nicht ernst genommen wird. Nach dem, was bis jetzt verlautet, würden die drei Mächte die Bedingungen einer Einigung in territorialen Ausgleichungen suchen, welche den Interessen Preußens, Oesterreichs und Italiens in gleicher Weise entsprechen. Die Schwierigkeit der zukünftigen Verhandlungen liegt darin, diese Ausgleichungen aufzufinden.“

Die „Weimarsche Zig.“ vom 22. Mai erklärt: „Das Pariser Programm habe in Wien und Berlin Anstoß erregt; doch erhalte sich die Hoffnung, daß ein Congreß auf allgemeinerer Basis stattfinden werde.“

Gegen den Beschluß des Frankfurter Abgeordnetentages (welchem noch der Satz einzufügen ist: „Fürsten und Minister, welche diesen unnatürlichen Krieg verschüben oder aus Sonderinteressen die Gefahren desselben erweitern, machen sich eines schweren Verbrechens an der Nation schuldig“) haben sich die bei dem Tage theilhaftig gewesenen Schleswig-Holsteiner protestirend vernehmen lassen, wie das nachstehende Telegramm besagt:

Frankfurt a. M., d. 22. Mai. Die „Neue Frankf. Zig.“ bringt eine Erklärung der auf dem hiesigen Abgeordnetentage erschienenen 29 schleswig-holsteinischen Abgeordneten, laut welcher dieselben sämmtlich gegen den vom Abgeordnetentage angenommenen Ausschlagsantrag gestimmt haben.

Wir schließen an diesen Protest noch folgende Nachricht:

Hildesburg, d. 18. Mai. In der gestrigen Generalversammlung des hiesigen schleswig-holsteinischen Vereins stand auf der Tagesordnung ein Antrag betreffs einer zu fassenden Resolution:

„Die Versammlung erklärt: das schleswig-holsteinische Volk muß verlangen, daß die gesamte Wehrkraft des Landes in einem zu reorganisirenden schleswig-holsteinischen Heere vereinigt, an der Seite Oesterreichs und der bundesgetreuen deutschen Staaten in den Kampf gegen die Einheit und Freiheit Deutschlands und unser Landesrecht, unter der Voraussetzung, daß Oesterreich und der Bund unser Landesrecht anerkennen.“

Die Versammlung erhob denselben fast einstimmig zum Beschluß.

Die „Nordb. Allg. Zig.“ bringt unter der Aufschrift „Preussische Rüstungen“ folgende Mittheilungen:

Coblenzer Zeitung. Coblenz, d. 19. Mai. Auf der Eisenbahnstrecke Köln-Wehlar sind 167 Ertrazüge für Truppen des 7. und 8. Armee-Corps angelagert. Ein Theil des 7. Armee-Corps soll unter Benutzung der westphälischen Bahnen bis Bexdorf befördert und von dort per Fußmarsch nach Wehlar dirigirt werden. — Es ist nun auch der Befehl gekommen, daß aus den nicht zu Festungs-Besatzungen bestimmten Landwehr-Bataillonen des 7. und 8. Armee-Corps ein Reserve-Corps von ca. 20.000 Mann bei Siegen aufgestellt werden soll. — In Wehlar und Siegen werden große Magazine angelegt und in Betreff der erforderlichen Lieferungen in diesen Tagen in Köln und Coblenz Contracte abgeschlossen. — Schon seit gestern sind in hiesiger Generalstabsoffiziere und Beamte der Beirpflegungsbranche aus Berlin hier anwesend.

Schlesische Zeitung: Extra-Blatt. Breslau, d. 20. d. M. Wir erfahren soeben aus sicherer Quelle, daß in Berlin während der letzten Tage wichtige Beschlüsse in Betreff der Aufstellung der Armee gefaßt und die nöthigen Befehle an die Truppen sofort erlassen sind. Demnach sollen im Sinne einer strikten Defensiv vorläufig 4 Armeen concentrirt werden, und zwar wird die

1. Armee, bestehend aus dem 7. und 8. Armee-Corps nebst westphälischer und rheinischer Landwehr bei Wehrar ein Lager beziehen, wie es heißt, zum Schutz der Rheinlande gegen die süddeutschen Contingente, welche sich bei Bamberg versammeln.

Die 2. Armee, formirt aus dem 4. Corps und Landwehr-Infanterie und Cavallerie des 1., 2. und 4. Corps, wird bei Erfurt Stellung nehmen, um sowohl die Provinz Sachsen zu schützen, als eventuell mit der 1. Armee zu cooperiren, wobei die Eisenbahn über Kassel für besonders wichtig erachtet wird.

Die 3. Armee, Garde- und 3. Armee-Corps, soll vorläufig bei Berlin und Frankfurt verbleiben, um die Hauptstadt zu decken, resp. zur Hauptarmee in Schlesien zu rücken.

Die Haupt-Armee, 5., 6., 1. und 2. Armee-Corps, wird sich zwischen Neisse und Gleiwitz versammeln; sie soll Schlesien schützen, welches durch die österreichischen Truppenhäufungen bei Dimütz zunächst bedroht ist. Im Nothfalle würde das 3. und Garde-Corps per Eisenbahn dorthin beordert werden können.

Die Armeen sollen geführt werden von dem Kronprinzen, dem Prinzen Friedrich Karl, dem Herzog von Coburg und dem Großherzog von Mecklenburg.

Die Truppen haben ihre Marsche und Eisenbahnfahrten bereits angetreten, bis zum 15. Juni sollen sich die Corps in ihren Stellungen befinden.

Das Grenadier-Regiment Nr. 2. trifft morgen, von Stettin kommend, in 3 Extrazügen auf dem Stettiner Bahnhofe hier ein und wird von dort auf der Verbindungsbahn nach dem Anhaltischen Bahnhofe beordert, wofelbst die einzelnen Züge mit Mittagbrod versorgt werden, und zwar das 1. Bat. um 10 Uhr bis 1 Uhr 10 Minuten, das 2. Bat. um 12 Uhr bis 2 Uhr 45 Minuten, das 3. Bat. um 2 Uhr bis 4 Uhr 30 Min. und sodann weiter beordert werden. Dem Regiment soll, wie wir hören, am 24. d. Mts. das 2. Pommerische Grenadier-Regiment (Colberg) Nr. 9. folgen. Die Regimenter haben, wie verlautet, Marschordre nach Erfurt.

(Wir geben die vorstehenden Nachrichten der „Schles. Ztg.“, welche an großen Unwahrscheinlichkeiten zu leiden scheinen, nur deshalb wieder, weil die offizielle „Norddeutsche“ sie reproducirt.)

Aus König. Sachsen wird gemeldet, daß die 3. Escadron des 1. Reiter-Regiments am 15. von Riesa nach Großenhain verlegt ist. Die bei letzterem Orte vereinigten Truppen bestehen aus dem 3. Jäger-Bataillon, dem 1. Reiter-Regiment und der 2. reitenden Batterie. Das 2. und 3. Reiter-Regiment sind schon zum Theil bei Meissen einquartiert. Am 16. sind 10 Pioniere und 10 Militärhandwerker von Dresden nach Wurzen abgegangen, um dort Vorbereitungen zum Sprengen der Eisenbahn-Brücke zu treffen. Die ganze sächsische Armee ist somit in dem engen Raume zwischen Meissen und Dresden und um Großenhain concentrirt. Die Feldpost ist in der Bildung begriffen. Die Höhen um den Königstein werden nicht nur ihrer Wäldungen beraubt, sondern sogar, wie augenblicklich der Quirl, theilweise eingeebnet.

Aus Oesterreich wird gemeldet: Die Einziehung von Urlauben und Ertra-Urlauben nimmt ihren Fortgang: täglich zeigen die Eisenbahnzüge, daß sich die Nordarmee in Böhmen, Oesterreichisch-Schlesien durch eingezogene Reservisten verstärkt. So sind in den Tagen vom 15. bis 19. d. M. viele Züge durch Kratau gekommen, die sämmtlich nach Westen auf Böhmen zu oder nach Dimütz gingen. Dswiecum und Umgegend sind heute nur noch mit dem 12. Jäger-Bataillon besetzt. — Eine ganz besondere Aufregung erregt in Oesterreich das Verbot der Ausfuhr von Getreide, Waffen, Munition u. s. w., wäl einerseits dem Landmann, andererseits den Waffenfabriken ein außerordentlicher Schaden erwächst und Tausende von Arbeitern außer Brod gesetzt sind. Für die Kaiser Ferdinand-Nordbahn ist vom 20. ab ein neuer Fahrplan in Geltung getreten, nach welchem Personen und Güter nur gelegentlich, soweit es die Betriebsmittel gestatten, befordert werden sollen. Daß von dieser Bahnlinie auf preussische Bahnen keine Wagen mehr übergehen dürfen, ist schon vor einiger Zeit bestimmt worden. Nur die für die Kohlenagentur der Nordbahn bestimmten offenen Kohlenwagen dürfen bis zu dem preussischen Kohlenrevier übergehen. — In Erbsdorf, 1 Meile von Jägerndorf, ist Artillerie eingerichtet, und an letzterem Orte sind die bisher an Privatpersonen vermietet gewesenen Kasernen geräumt, um zur Aufnahme der Truppen zu dienen, deren Einrückung in den nächsten Tagen erwartet wird. — Seitdem bei dem Regiment Haugwitz, das sich aus Italien rekrutirt, die schon früher berichteten Erfesse vorgekommen sind, ist nicht nur die Zurückziehung dieses Regiments von der sächsischen Grenze nöthig geworden, sondern die österreichische Regierung scheint auch in ihre anderen italienischen Truppen kein besonderes Vertrauen zu setzen. Wie man hört, ist das italienische Regiment „Großfürst Michael“, welches seit längerer Zeit die Belagerung von Josephstadt bildete, in diesen Tagen nach dem Süden abmarchirt, und während die sämmtlichen Feld-Bataillone der Wiener Garnison vor Kurzem nach Brünn und Dimütz verlegt sind, soll das italienische Regiment „Hofstein“ allein in der Hauptstadt zurückgelassen sein.

Aus Wien wird der „A. A. Z.“ vom 18. geschrieben: Die Nordarmee ist jetzt vollständig organisiert. Sie besteht aus nicht weniger als zehn Armeecorps und vier Kavallerie-Divisionen. Die Armeecorps commandiren Graf Clan-Gallas (Adlatus Graf Gondrecourt), Graf Thun, Erzherzog Ernst, Graf Fessler (Adlatus Molinari), Fhr. v. Marovic, Fhr. v. Ramming, Ritter v. Schmeiling, Erzherzog Leopold (Adlatus Graf Hynn), Fhr. v. Hartung und Fürst Friedrich Liechtenstein. Fürst Franz Liechtenstein und Fürst Paris befehlen je

eine leichte, Prinz Hofstein und General Hagicek je eine schwere Kavallerie-Division.

Ein Offizier, der kürzlich Böhmen bereiste, schreibt der „A. A. Z.“: „Es werden wohl Jedem, der längere Zeit das Leben und seine Erscheinungen beobachtet hat, hier und da Personen vorgekommen sein, die größtentheils durch eigene Verschuldung, schlechte Wirtschaft oder schwindelhaft Operationen sich an dem Abgrunde des Verderbens befinden, in ihren finanziellen Verhältnissen gänzlich gerüthet sind, nirgends mehr den allermindesten Credit erhalten und auch nicht die geringste Hoffnung haben, sich aus solchem desolaten Zustande wieder herauszureißen. Derartige Personen setzen oft, gleich dem verzweifeltsten Spieler, ihren letzten Pfennig auf die Karte und sind zu den tollsten, verzweifeltsten Erreichen bereit, da sie ja ohnehin doch nichts mehr zu verlieren haben. In solchem Zustande befindet sich auch jetzt nach meiner wiederholten Beobachtung Oesterreich. Es ist volkswirtschaftlich schon ohnehin so gänzlich ruiniert, sieht sich in allen seinen Verhältnissen in einem so rettungslosen Zustande, daß die Verzweiflung hierüber es über Hals und Kopf in den wüthendsten Krieg stürzt. Ja, man will, man wünscht jetzt in der österreichischen und wenigstens der böhmischen Bevölkerung, den Krieg mit Preußen, als den weit mehr als Italien gepfasten Feind. Darüber kann sich Niemand täuschen, der die höchst unerquickliche Aufgabe hat, die Kreuz und Quer im Lande umherzureisen und mit den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung zu verkehren, um die hiesige Volkstimmung genau kennen zu lernen. Wenn jetzt im Augenblicke der Telegraph die Nachricht brächte, daß ein auch auf noch so gerechten Grundlagen mit Preußen abgeschlossener Friede zu Stande gekommen sei, so würde im Allgemeinen die größte Entrüstung hierüber herrschen, während im Gegentheile der Ausruf des Kriegs mit dem lauteften Jubel begrüßt werde. „Zu verlieren haben wir doch nichts mehr; Geld ist feins vorhanden, die Steuern können nicht mehr gesteigert werden, weil wir sie ohnehin doch kaum mehr zu bezahlen im Stande sind, schlechter kann es überhaupt nicht mehr werden, also nur Krieg, Krieg!“

Große Aufregung verbreitet in Ungarn das Gerücht, Kossuth habe sich nach Caprera zu Unterhandlungen mit Garibaldi begeben, welche den Einfall des letzteren in Dalmatien und eine Silberhebung Ungarns gegen den Kaiser zum Gegenstand hätten.

Angeht die von allen Seiten drohenden Kriegesgefahr hat die französische Regierung, da der Gedanke des Abschlusses eines internationalen Sanitäts-Concordats zur Pflege der auf den Schlachtfeldern verwundenen Militärs von der Schweiz ausgegangen ist, dem Bundesrathe das Gesuch gestellt, alle diejenigen Staaten, welche bis jetzt diesem Concordate noch nicht ihre Zustimmung erteilt haben, zu dem Beitritte zu demselben aufzufordern. Diese Staaten sind Rußland, Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Berlin, d. 22. Mai. Der bisherige Privatdocent Dr. Carl Immanuel Klopsch in Breslau ist zum außerordentlichen Professor in der medicinischen Fakultät der königlichen Universität daselbst ernannt worden.

Der „Staats-Anzeiger“ enthält folgende Bekanntmachung: In Folge Allerhöchster Ermächtigung vom 22. d. Mts. wird auf Grund des §. 3 des Zollgesetzes vom 23. Januar 1838 (Gesetz-Sammlung S. 34) bis zum 1. October d. J. die Ausfuhr von Getreide, Heu und Stroh über die Grenze von der Weichsel bei Thorn (diese eingeschlossen) bis zur Grenze gegen das Königreich Sachsen bei Seidenberg, unter Hinweisung auf die im §. 1 des Zollstrafgesetzes vom 23. Januar 1838 (Gesetz-Samm. 78) angedrohten Strafen hiermit verboten.

Der Finanz-Minister. Der Minister des Innern. Graf Eulenburg.

Das Generalpostamt erläßt unterm 18. d. Mts. folgende Bekanntmachung:

Durch die Feldpostanstalten werden in Privatangelegenheiten der Militärs und Militärbeamten gewöhnliche Briefe und Geldbriefe mit einem Befristungshalte unter und bei 50 Thaler einschließlich und zwar frei vom preussischen Porto befreit. — Die Adressen der Sendungen an Militärs und Militärbeamte müssen mit dem Vermerk „Feldpostbrief“ versehen sein und genau ergeben: zu welchem Armeecorps, welcher Division, welchem Regimente, welchem Bataillon, welcher Compagnie (oder sonstigem Truppenheile) der Adressat gehört, welchen Grad und Charakter oder welches Amt bei der Militärverwaltung derselbe hat. Privatpäckereien an Militärs und Militärbeamte werden bis auf weiteres durch die Localpostanstalten gegen die sonst üblichen Portofüsse vermittelt. Zur Förderung des Abgabegeschäfts ist es notwendig, daß dergleichen Privatpäckereien nur frankirt zur Post gelangen; Postvorschüsse sind auf Sendungen an Militärs und Militärbeamte aus jenem Grunde nicht anwendbar. Da die Feldpostanstalten nicht die Auszahlung von Postanweisungsbeträgen übernehmen können, so ist bei der Uebermittlung von Geldbeträgen an Militärs und Militärbeamte — falls von der Postanweisung — von der vorstehenden Befehdung des Gesetzes in förmlichen Geldbriefen Gebrauch zu machen.

Ueber die Verhandlungen des Grafen Bismarck mit Herrn v. Bennigsen hat die Berliner Presse ein tiefes Stillschweigen beobachtet. Der „Hamb. Börs.-H.“ wird jetzt von Berlin geschrieben: Herr v. Bennigsen soll, als die Rede auf die Dinge der Bundesreform kam, offen sich dahin ausgesprochen haben, daß die liberale Partei und er mit ihr nicht an den ersten Willen des Grafen Bismarck in dieser Beziehung und namentlich in Betreff des einuberufenen Parlaments zu glauben vermöge, worauf Graf Bismarck erwidert habe, daß die Idee der Bundesreform keineswegs ein Kind des Augenblicks sei, hervorgegangen aus Opportunitätsrücksichten der gegenwärtigen auswärtigen Politik, sondern daß der Gedanke daran schon während der letzten Landtagsitzung habe in Anregung kommen sollen und daß nur der schnelle Umdraß hindern in den Weg getreten sei. Im weitern Verlauf der Unterredung äugnete Hr. v. Bennigsen, daß er, zur offener Erklärung aufgefordert, nicht umhin könne, sich dahin auszusprechen,

daß ein wesentliches Hinderniß der Durchführung der Bundesreform seitens der liberalen Parteien Deutschlands in dem Preussischen Ministerium und namentlich in der Person des Grafen Bismarck erkannt werde. Graf Bismarck soll nun entgegnet haben, daß er das sehr wohl wisse und daß er gern zurück zu treten bereit sei, wenn nur ein anderer Staatsmann vorhanden, der mit derselben Energie und Vaterlandsliebe die Sache in die Hand nehmen wolle. Auf das Ersuchen an Herrn v. Bennigsen, einen solchen namhaft zu machen, soll ein sehr beachtendes Schweigen erfolgt sein.

Einige Sächsishe Firmen haben aus Gefälligkeit gegen Herrn v. Beuß bekannt gemacht, daß sie Preussisches Papiergeld nicht mehr annehmen wollen. Von ihren Berliner Kunden ist ihnen darauf geantwortet worden, daß, wenn sie nicht sofort öffentlich diesen ihren Entschluß widerrufen würden, man die bisher bestandene Geschäftsverbindung als gänzlich abgebrochen ansehen und ferner keinerlei Bestellungen und Aufträge mehr zu erteilen entschlossen sei.

Herr v. Carlowitz hat, wie die „Niederschles. Ztg.“ mittheilt, an das liberale Wahlcomité in Görlitz ein Schreiben gerichtet, worin er sich auf die an ihn gerichtete Adresse bereit erklärt, das Mandat für das zu wählende Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Görlitz-Lauban wieder anzunehmen.

Man berichtet der „Schlesw. Hofst. Ztg.“ von hier unterm 17. Mai: In dem Lokal des neuen liberalen Clubs fand gestern Abend eine Besprechung von etwa dreißig theils hier wohnenden, theils zur Zeit hier anwesenden Abgeordneten der beiden liberalen Fraktionen statt. Man beschloß eine gemeinschaftliche Ansprache an die preussischen Wähler zu richten und wurde zum Entwurf derselben eine Commission niedergesetzt, bestehend aus den Herren Birchow, Lasker, Ziegler und v. Hennig. Allgemein war man der Ansicht, daß dem Ministerium Bismarck unter keinen Umständen Geld oder Credit zu bewilligen sei, überhaupt jede Bewilligung die vorgängige Sicherstellung des Budgetrechts zur Voraussetzung haben müsse. Auch Ziegler sprach sich hierfür aus. Von Bennigsen steht ein dem Roggenbach'schen ähnlicher Abgabebrief an Bismarck zu erwarten.

Aus Oberschlesien, d. 18. Mai. Schon seit einiger Zeit ist von den beiden sonst regelmäßig täglich zwischen Krakau und Myslowitz courrenden Zügen, einem Personen- und einem Güterzuge, der Letztere in Wegfall gekommen; von übermorgen, den 20. ab, fällt auch der Personenzug aus, so daß die Verbindung zwischen Schlesien und Galizien bis auf Weiteres nur auf dem Wege über Döwiczin vermittel wird. — Die beiden Brücken, über welche die, Schlesien und Galizien verbindenden Bahnen führen, über die Przemska, ca. eine achte Meile hinter Myslowitz und über die Weichsel zwischen Neudorun und Döwiczin, sind von vornherein der Art gebaut worden, daß das Regen von Wien bei einem Conflite, wie er jetzt auszubrechen droht, nicht zu viel Schwierigkeiten verursacht; seit länger als 8 Tagen nun haben auf der österreichischen Seite diese Nacht bedeutende Arbeitermassen bei Tagelohn gearbeitet.

Landeshut, d. 16. Mai. Wie unser „Kreisblatt“ mittheilt, hat der Königliche Landrath an verschiedene Kreisinsassen ein Schreiben gesandt, in welchem es u. A. heißt:

„Nachdem die jenseit der Grenze in den Reichsberg- und Friedländer Fabrik-Distrikten befindliche zahlreiche brodas gewordene Arbeiter-Bevölkerung wegen zu räumlichen Einfällen auf preussisches Staatsgebiet zu erkennen gegeben hat, mir auch mehrfach von Kreisbewohnern die Besorgnis ausgesprochen worden ist, daß bei der ferneren feindseligen Haltung des benachbarten Kaiserreiches gegen Preußen, durch die gegen die Deutschen äußerst erregte und aufgeheizte cyzische Civilbevölkerung, unser Kreis möglicherweise räumlichen Einfällen ausgesetzt sein könnte, veranlasse mich, im Einverständnis mit dem königlichen Regierungs-Präsidenten im hiesigen Kreise bestimmte abgegrenzte Sicherheitsbezirke zu bilden, deren Bewohner ich in Rathschale, so gut es geht, bewachen und bei eintretender Gefahr auf vorher zu verabredende Alarmsignale versammeln, um dergleichen Angriffen zu widerstehen.“

Zum Zweck der Bildung dieser Volkswehr hatte sich am vergangen Sonntag eine große Anzahl Vertrauensmänner im hiesigen königlichen Landrathssaale versammelt, und wurden die näheren Bestimmungen darüber festgesetzt. Darnach ist der Kreis in 11 Wchvereine eingetheilt und so organisiert, daß wir fortan keiner plötzlichen Ueberumpelung ausgesetzt sein werden.

St. Johann. In Betreff der Saargruben-Angelegenheit hatten sich beiderseitig die Gemeinderäthe von Saarbrücken und St. Johann mit einer Immediatvorstellung an den König gewandt, worin derselbe gebeten wurde, „durch ein königliches Wort unsere Befürchtungen für immer zu heben.“ In der jüngsten Sitzung der Stadtverordneten von St. Johann erklärte der Vorsitzende auf eine Interpellation dieserhalb, daß auf die betreffende Vorstellung bis jetzt ein königl. Bescheid noch nicht eingetroffen sei.

Gumbinnen, d. 15. Mai. Der Prozeß gegen den Abg. Frenzel wegen der Rede, welche er am 2. Juni 1865 im Abgeordnetenhaus gehalten, hatte bekanntlich, nachdem die Anklage in zwei Instanzen zurückgewiesen war, den viel besprochenen Obertribunals-Beschluß vom 29. Jan. d. J. herbeigeführt. In Folge dessen beschloß das Appellationsgericht zu Insterburg am 13. März d. J. die Erhebung der Anklage in Erwägung, „daß dieser Beschluß des Obertribunals für das weitere Verfahren in dieser Sache maßgebend“, und daß die betreffende Rede in zwei der sieben intimierten Stellen Behauptungen in Betreff des Regierungspräsidenten Maurach enthalte, die bis zum Erweise der Wahrheit als Verleumdungen anzusehen wären. Bei der Verhandlung vor dem Kreisgerichte zu Gumbinnen am 12. d. M. sprach der Abg. Frenzel:

„Meine Herren! Bei aller persönlichen Hochachtung für jeden Einzelnen von Ihnen, die Sie hier den Gerichtshof bilden, verbiethet es mir doch meine Pflicht, Sie mit dem Titel: „Meine Herren Richter!“ anzureden, denn Sie sind eben nach meiner Uebersetzung meine Richter in dieser Sache nicht. Ich bin hier angeklagt wegen einer Rede,

die ich im Abgeordnetenhaus am 2. Juni v. J. gehalten, ich bin zu Unrecht angeklagt, denn eben so wenig, als Sie meine Richter sind, eben so wenig darf nach dem Gesetze der Herr Staatsanwalt mein Ankläger sein. Der erste Abschnitt des Artikels 84 der Verfassung lautet: „Sie (die Abgeordneten) können für ihre Abstimmmungen nichts, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf den Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden.“ Ich meine, das ist deutlich und verständlich. Zwar bin ich nicht Jurist, ich fasse den Artikel auf, wie ihn der Mann im Volke auffaßt, aber die Verfassung ist nicht für Juristen allein, sie ist fürs ganze Volk gegeben, geschrieben, und ich behaupte, daß ich mich mit der großen Mehrzahl des Volkes in Uebereinstimmung setze, wenn ich mich mit der großen Mehrzahl des Volkes auf der ganzen Welt, der mich wegen meiner gehaltenen Rede anklagen und strafen durfte, anklagen und strafen nach dem bestehenden und angeordneten Rechte, war der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr Grafen. Er hat es nicht getan. Die zweite Instanz, die, ohne mich unmittelbar strafen zu können, über mich urtheilen wird, sind meine Wähler, namentlich die sächsischen Wähler aus Gumbinnen, und glauben Sie mir, es würde mir ein härter Schmerz sein, zu sehen, daß ihr freies Urtheil gegen mich ausfiele. Dennoch würde ich auch in diesem Falle glauben, daß ich nicht anders hätte handeln dürfen, als ich gehandelt habe.“

Herr Frenzel unterwarf dann die Motive des Obertribunals-Beschlusses einer Kritik und erklärte dann, daß es ihm seine Pflicht als Abgeordneter verbiete, sich auf das Materielle der Anklage einzulassen, und schloß seine Rede:

„Was geschehen, was da will, mag mich Strafe treffen und ich mich der Gewalt fügen müssen, eine Strafe wird mir die Strafe eben nicht sein, sondern meiner Empfindung nach ein Unrecht, das mir angethan und das mir taufendfältig im voraus schon vergolten ist durch das Gefühl und das Bewußtsein der Mehrzahl meiner Mitbürger; die große Masse des Volkes hält dieses eben so für ein Unrecht, das mir angethan für eine Ermordung, die ich im Auftrage meiner Wähler und für sie getan. Meiner Pflicht und meinen Ueberzeugungen, meine Herren, habe ich mit die'ser Aeußerung genügt, ich habe gesprochen, ich wiederhole es, Sie sind nicht der Gerichtshof, der über mich in diesem Falle zu urtheilen hat, es giebt keinen, der es thun kann, mein Platz ist die Anklagebank nicht, würde ich länger hier freiwillig verweilen, so würde ich meine Pflicht als Abgeordneter meinen Wählern, dem ganzen Volke gegenübr verletzen, meine Pflicht gebietet es mir, mich zu entfernen.“

Nach diesen Worten verließ Hr. Frenzel den Sitzungssaal. Nach einstündiger Berathung erkannte der Gerichtshof, wie bereits gemeldet, auf Freisprechung, indem er, der Entscheidung des Obertribunals entgegen, annahm, daß nach Art. 84 der Verfassung alle Reden und Erklärungen der Abgeordneten, in ihrer amtlichen Eigenschaft gesprochen, von jeder strafrechtlichen Verfolgung frei seien.

Leipzig, d. 21. Mai. Der Verkehr zwischen Wien und Bodebach (= Dresden-Leipzig) hat infolge der für militärische Zwecke sehr in Anspruch genommenen Ferdinands-Nordbahn und der Nördlichen Staatsbahn seit dem 20. Mai eine wesentliche Störung erlitten, indem vom genannten Tage angefangen für die Personen-, Gepäck- und Güterbeförderung täglich nur Ein Zug in jeder Richtung der Hauptbahn verkehrt und an einigen Stationen sehr bedeutender Aufenthalt statzufinden scheint. Infolge dessen nimmt beispielsweise die Reise von Leipzig nach Wien, die bisher 22 Stunden, mit dem Eilzug nur 17 Stunden dauerte, 37 Stunden 13 Min. in Anspruch. Die Hauptstreckung muß zwischen Prag und Brünn stattfinden (Parabubitz, wo bekanntlich Benedek sein Hauptquartier aufschlugen wird, ist zwischen beiden Orten gelegen); laut dem neuen Tarif findet die Abfahrt von Prag nach Brünn 9 Uhr 30 Min. Abends, die von Brünn nach Wien erst 2 Uhr 34 Min. des folgenden Nachmittags statt, sodas für die Strecke Prag-Parabubitz-Brünn, die mit dem Eilzug 5 Stunden 51 Min. in Anspruch nahm, jetzt 17 Stunden 4 Min. gebraucht werden. Selbstverständlich treffen nun auch die Wiener Briefe und Blätter sehr verspätet hier ein.

Frankfurt a. M., d. 20. Mai. Eine von circa 3500 Personen besuchte Volksversammlung ward im Circus gleich nach Beendigung des Abgeordnetentages unter dem Vorhise von Kolb und Niergard abgehalten. Folgende, vom Comité vorgeschlagene, in ziemlich Geheiß zu dem Beschlusse des Abgeordnetentages stehende Resolution ward angenommen:

- Die Volksversammlung zu Frankfurt a. M. am 20. Mai 1866 erklärt:
- 1) Gegen die friedensbrecherische Politik der preussischen Regierung ist der bewaffnete Widerstand Deutschlands geboten, Neutralität ist Feindschaft oder Verrath.
 - 2) Schleswig-Holstein ist sofort auf Grund des bestehenden Rechts als selbstständiger Staat zu constituiren; ohne Weiteres ist die holländische Stimme am Bunde wieder in Kraft zu setzen und das holländische Contingent zu bilden.
 - 3) Der preussische Parlamentsvorschlagn ist unbedingt zu verwerfen; nur eine constituirende, mit der nöthigen Macht ausgestattete Volksvertretung Gesamtdeutschlands kann über die Verfassung des Vaterlandes endgiltig entscheiden.
 - 4) Wir verlangen von den Regierungen die Verfestigung der Grundrechte des deutschen Volkes und die gesetzliche Einführung der allgemeinen Volkswahlrechts.
 - 5) Die Versammlung fordert das Volk in allen einzelnen deutschen Staaten dringend auf, angefaßt der jetzigen Gefahr und Noth überall in Stadt und Land in politische Vereine zusammenzutreten.

Wien, d. 21. Mai. Fürst Paul Esterhazy ist heute Nacht in Regensburg gestorben. Am 11. März 1786 geboren, hatte er von Jugend an sich der Diplomatie gewidmet und war Gesandter in Dresden, später durch eine Reihe von Jahren Botschafter in London. Im Jahre 1848 trat er in das Ministerium Batthyany, legte aber sein Portefeuille noch vor dem Bruche mit Oesterreich nieder und lebte seitdem als Privatmann. Während er Bad Teplitz zu besuchen. Ungeachtet seines kolossalen Vermögens geriebt er, wie bekannt, in letzter Zeit in Finanznöthen. Im Jahre 1812 vermählte er sich mit Theres, Prinzessin v. Thurn und Taxis und hinterläßt einen Sohn, den Prinzen Nikolaus.

Lemberg, d. 15. Mai. Der „Dsb. Post.“ wird geschrieben: Je näher wir den Ereignissen rücken, die da kommen werden, desto wahrscheinlicher tritt die Vermuthung an den Tag, daß die russi'schen Truppen b. im ersten Flintenschusse in die Donaufürstenthümer einmarschiren und diese Geb.eirtheile besetzen werden. Briefe aus Brody besagen dies, und in Kiew und anderen wichtigeren Plätzen, welche an der Kommunikationslinie liegen, finden Truppenbewegungen statt.

an die Katholiken Deutschlands, betreffend die Jesuitenmoral in den Priesterseminaren. 4) Haltung der freien Katholiken- und religiösen Reformvereine während der jetzigen Kriegsunruhen, gegenüber dem Treiben der Jesuiten.

Italien.

Das italienische Cabinet ist vollständig Herr und Meister der Situation; zwischen Lamarmora, Ricasoli und Garibaldi herrscht eine Eintracht, die den Stempel einer wahrhaft diplomatischen Correatheit trägt. Dies ist ein nicht hoch genug anzuschlagendes Symptom der jetzigen Situation. Ist es überhaupt möglich, Venetien auf friedlichem Wege zu befreien, so bietet Italien die besten Garantien dauernder Beruhigung; kommt es dagegen zum Kriege, so werden alle Parteien einen Kampf bis zur Erschöpfung des einen oder des anderen Theiles beginnen und Oesterreich mag sich dann auf Dinge vorbereiten, wie sie seit 1813 nicht wieder da gewesen sind. Die italienischen Blätter machen sich keinerlei Illusionen und die „Opinione“ glaubt so wenig wie die „Stalle“ an einen Congress, oder vielmehr glaubt letztere nur dann an Erfolge, wenn zu den Erb-Prinzen und zu Venetien auch noch Rumänien in die Posuure geworfen werde, um Oesterreich an der Reisse und unteren Donau abzufinden. Aber würde Rußland dazwischen willigen, ohne seine Gradamina von wegen des pariser Friedens zur Sprache zu bringen? Italiens Lage bleibt jedoch klar, meint die „Stalle“, es hat ein festes Programm, das Jeder kennt, es besitzt den festen Willen, es auszuführen, da es sich dabei um keine Eame, um keinen Ehrgeiz, sondern einfach um eine Existenzfrage handelt. Wie die italienische Regierung zuletzt rasete, obgleich ihr der Status quo am unerträglichsten war, so zeigt das italienische Volk auch jetzt noch, daß es zu warten weiß; es läßt der Diplomatie Zeit, doch findet sie die Lösung nicht, so ist das Italiens Schuld nicht. Diese Zeit des Wartens kostet schwere Opfer und macht die Lösung immer dringender; indes Italien hat den Muth der Geduld, den gutes Recht und fester Entschluß verleihen, und durch Congress oder Krieg, genug, die Krönung der so lange heiß ersehnten Befreiung von der Fremdherrschaft muß erfolgen.

Die zu Neapel erscheinende „Italia“ vom 15. Mai meldet, daß das Samalulener-Kloster am Vesuv aufgehoben ward: „Diese guten Patres hatten mit den Räubern Verbindungen und standen auf dem Punkte, bei erster Gelegenheit ihre Rolle christlicher Brudersliebe zu spielen. Das Kloster ward militärisch besetzt.“ In Neapel dauern die Verhaftungen von Bourbonnisten fort. Die Zeitungen machen täglich die Namen der Verhafteten bekannt.

In Rom ist vor acht Tagen die 8. Nummer der „Roma dei Romani“, der geheimen Zeitschrift des römischen Nationalcomité, verbreitet worden. Dieselbe bringt unter anderem einen vom 4. Mai datirten Aufruf des Comité an die Römer. Der Eingang des Aufrufs beginnt mit den Worten: „Das Schicksal der Unabhängigkeit Italiens ruft; Oesterreich, an der venetianischen Grenze fürchterlich gerüstet, fordert uns zum Kampfe, und die gesammte Nation erhebt sich wie ein Mann, um den Barbaren aus seiner letzten Höhle zu vertreiben und Italien für immer aus den Krallen Oesterreichs zu befreien.“ In diesem Tone geht es fort und wird der Aufruf geschlossen mit „Hoch auf den König, Italien, Garibaldi! Es lebe das befreite Venetien! Es lebe Victor Emanuel, italienischer König auf dem Capitol!“ — Die Begeisterung der Italiener ist eine derartige, daß selbst verheiratete Leute Weib und Kind verlassen und zu den Freiwilligen eilen. Die römische Regierung hindert die Leute daran nicht, macht aber bekannt, daß ihnen die Rückkehr nicht gestattet wird. Die Garibaldihymne tönt Tag und Nacht von allen Plätzen. Auch Frauenzimmer verlassen Rom und begeben sich zu den Freiwilligen, um Krankenpflege zu thun; selbst Frauen aus den höheren Klassen sind von gleicher Begeisterung ergriffen.

Frankreich.

Paris, d. 21. Mai. Alles lechzt nach Frieden und als Brücke aus der jetzigen Ueberfluthung von Kampflust der Cabinette nach einem Congress. Aber es wird derselbe, wenn er ins Leben tritt, auf die Umrisse von Beratungen für drei im voraus festgesetzte Fragen beschränkt, und folglich mehr den Charakter von Conferenzen ad hoc erhalten, also weder von allen jenen Mächten besucht, welche die Verträge von 1815 unterzeichneten, noch von den Ministern selbst in Person geführt werden. Es werden nur die sechs großen europäischen Mächte vertreten sein, nämlich Frankreich, dessen Hauptstabsitz der Beratungen und dessen Minister des Aeußeren den Vorsitz führen wird; ferner England und Rußland als Unparteiische, so dann Oesterreich, Preußen und Italien als streitende Parteien, und vielleicht auf Oesterreichs Wunsch noch der deutsche Bund als mittheilender Theil, so daß, wie einst in London für den Baron Beust-Waldheim, ein Stuhl frei wird. Daß die leitenden Minister erscheinen werden, scheint nicht wahrscheinlich, würde jedoch, wenn es geschähe, als neues Friedenszeichen gelten dürfen. Daß Preußen „im Principe“ eingewilligt, wird hier laut der „France“ zuerst bekannt, und diese Friedfertigkeit wird ihre Wirkung nicht verfehlen, wenn sie fernerhin Probe hält. Rußlands Antwort wurde gestern in Paris auf Dienstag oder Mittwoch erwartet, kann jedoch auf telegraphischem Wege schon halb-officiell vorher angezeigt werden. Wenn die „France“ meldet, sobald die von den drei Neutralen vorgelegten Grundfälle gutgeheißen wären, werde Mittheilung an Oesterreich, Preußen und Italien gemacht werden, so bezieht sich auch dies nur auf den feierlichen Menuetschritt des diplomatischen offiziellen Verkehrs, während der Telegraph zwischen den Cabinetten ein schnelleres Frage- und Antwortspiel ermöglicht. Da die Schwierigkeiten, welche namentlich in der Findung einer Territorial-Compensation für Venetien liegen, ungeheuer sind, so setzt man hier noch immer wenig Vertrauen in die lösende Kraft der Verhandlungen, zumal man der Conferenz- und Waffenstillstandsversuche gedenkt, die

von 1813 her alle europäischen Kriege einzuleiten pflegen. Auf der anderen Seite würde man sich, daß 1859 das wiener Cabinet auch erklärt hatte, „es gebe keine italienische Frage“, um hinterher doch anzuerkennen, daß es wenigstens eine lombardische gebe; eben so hofft man, es werde eine venetianische schließlich als überreif gelten lassen. Das gestern hier verbreitete Gerücht, das englische Cabinet stehe in Betreff Venetiens ganz auf Oesterreichs Seite, ergibt sich als eine jener Täuschungen, an denen Fürst Metternich und dessen Umgebung besonders gefehlet sind. Rußland ist in so fern mit Oesterreich einverstanden, als es Polens wegen die französische Theorie von der Berechtigung der Nationalitäten nicht im Principe anerkennt. Dagegen ist der Kaiser Alexander für die Abtretung Venetiens aus Gründen des diplomatischen Rechtes, und er darf füglich dabei die Gabsburger an Kraftau erinnern, das Oesterreich mit Zuhilfenahme des Kaisers Nikolaus aus diplomatischen Erwägungen dazu anrieth und einwilligte. Wenn Italien in die Verhandlungen willigt, so ist es selbstverständlich, daß auf schnelle Entscheidung gedrungen wird. So lange die Staaten in Waffen bleiben, ist, wie die „France“ mit Recht fürchtet, jeden Augenblick die Wiederholung des Spieles zu gewärtigen, das vor vierzehn Tagen die Börsen so unliebsam überlachte, als Franz Joseph die Abrückung im Norden dadurch illusorisch machte, daß er Italien in Harnisch brachte und zur deutschen Frage die venetianische legte. Das mit jedem Tage der Knäuel des Brennstoffes dicker wird, lehrt auch das Pulsfieber der Holländer. Die Annäherungen zwischen dem haager Hofe und den Zulerieren werden sichtbar intimer. König Leopold II. hat sich beiläufig den holländischen Kronprinzen „mit einer Herzlichkeit, die sehr bemerkt ward, zu empfangen“, um mit der „France“ zu reden; ja, „König Leopold und der Prinz von Dranien haben einander das Wort gegeben, sich nächsten wieder zu besuchen.“ Uebrigens schwimmt der Kaiser Napoleon in Friedens- und Freundschaftsver sicherungen, und der Kriegsminister muß sogar im „Moniteur de l'Armée“ erklären, alle Gerüchte von Kriegsvorbereitungen, die französischerseits getroffen würden, seien grundlos. Erst ganz kürzlich noch durfte bekanntlich der „Courrier de Marseille“ unverwagt von „beträchtlichen Vorbereitungen“ reden, die von den Militärbehörden in Nizza getroffen würden, wie auch ganz offen Meldungen von Truppenbewegungen durch die französischen Zeitungen gingen. Das ist nun alles nicht wahr, wenigstens vorläufig nicht.

Bermischtes.

Berlin, d. 22. Mai. In der Nacht von gestern zu heute ist die „Albertinen-Glashütte“ in Charlottenburg durch Feuer in einen Schutthaufen verwandelt worden. Sämmtliche Arbeiterfamilien sind durch dieses Feuer in große Noth gerathen, da alle Kleibungsstücke, Wäsche und Betten mit verbrannt sind und die Meisten nichts als das nackte Leben gerettet haben.

Gesetz-Sammlung.

- Das am 21. Mai ausgegebene 19. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 6318. die Verordnung über die Gründung öffentlicher Darlehnskassen und die Ausgabe von Darlehnsanleiheobligationen. Vom 18. Mai 1866; unter Nr. 6319. den Allerhöchsten Erlaß vom 16. April 1866, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Gehäusen in den Kreisen Waldböhl, Gummersbach und Siegen des Regierungsbezirks Köln: 1) von der Weidmanns-Nother Bezirksstraße bei Hergberg durch das sogenannte Bomburger Brühlthal bis zur Bröler Bezirksstraße unterhalb Ruppidothof, und 2) durch das in das Bomburger Brühlthal einmündende Werfischbühlthal bis Muech an der Zellstraße; unter Nr. 6320. den Allerhöchsten Erlaß vom 16. April 1866, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chauffee-straßen von Münster über Wolbeck nach der Samm-waren-dorfer Chauffee bei Frenkenhorst, in den Kreisen Waldböhl, Gummersbach und Siegen des Regierungsbezirks Köln; 1) von der Weidmanns-Nother Bezirksstraße bei Hergberg durch das sogenannte Bomburger Brühlthal bis zur Bröler Bezirksstraße unterhalb Ruppidothof, und 2) durch das in das Bomburger Brühlthal einmündende Werfischbühlthal bis Muech an der Zellstraße; unter Nr. 6321. die Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Genehmigung des revidirten Statuts der Deutschen Feuerversicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin, so wie der Erhöhung des Grundkapitals dieser Gesellschaft von Einer Million Thaler auf zwei Millionen Thaler. Vom 30. April 1866, und unter Nr. 6322. die Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Genehmigung der in der General-Verammlung der Aktionäre der Neuen Berliner Hagel-Ansicherung-Gesellschaft vom 12. December 1865 beschlossenen zweiten Nachtrages zu dem Statute vom 6. October 1858. Vom 14. Mai 1866.

Bericht über die Verhandlungen der Stadtverordneten.

- Sitzung am 7. Mai 1866.
Vorsitzender: Bankagent Silbenhagen.
1. Die Magdeburger-Eisenbahn-Gesellschaft beantragt behufs Anlage einer Schiebepöhrne die unentgeltliche Ueberlassung desjenigen Gemeindefeldes, welcher von der Zelliger Straße, dem früher Jörn'schen Grundstücke und der Wasserleitung der Magdeburger-Eisenbahn begrenzt wird. Der Magistrat gibt anheim, dem Antrag stattzugeben, weil der zu. Hies einen Theil des öffentlichen Weges bilde und selbiger Lage nach nicht nutzbar gemacht werden könnte, ein Geldwerth sich aber eigentlich nicht begründen lasse; und weil das fragliche Terrain zu einer für die Stadt wichtigen Verkehrs-Anstalt verwendet werden solle. — Die Versammlung willigt in Ueberlassung der Parzelle, wünscht aber, dieselbe nicht unentgeltlich stattfinden zu lassen, hält es vielmehr für angemessen, ein Kapital von 300 Thlr. von der Magdeburger-Eisenbahn-Gesellschaft zu verlangen und ersucht den Magistrat, mit der Direction in diesem Sinne weiter zu verhandeln.
 2. Unter Mittheilung der Zeichnung und des Kostenanschlags über Verbreiterung der Straße an der Glaucha'schen Kirche und Anlage eines Bürgersteiges längs der neu aufzuführenden Kirchhofmauer, trägt der Magistrat im Einvernehmen mit der Bau-Commission nach beschlüssiger Vereinbarung mit dem Gemeindefiskus und unter Bezugnahme auf die sicherheitspolizeilichen Rücksichten, welche die Verbreiterung dieser Straße zur Verhütung von Unglücksfällen dringend geboten erscheinen lassen, darauf an, die auf 1765 Thlr. veranschlagten bezüglichen Ausführungen zu genehmigen und die Kosten in gebührender Höhe zu bewilligen. — Die Versammlung ist mit der Ausführung in der vorgeschlagenen Weise, sowie damit einverstanden, daß die veranschlagten Kosten bis zur Höhe von 1765 Thlr. dafür verwendet werden. Es wird jedoch gewünscht, daß die Ausführung in Anbetracht der bedrohlichen Zeitverhältnisse beschnitten resp. bis zum Eintritt ruhiger Zeiten verschoben werde und der Magistrat mit Bezug hierauf ersucht, die Kosten für die projectirte Straßenverbreiterung auf einen der nächsten Bauetats zu bringen.
 3. Die Jahres-Rechnung der Kammer II pro 1865 liegt zur Prüfung resp. Ertheilung der Decharge vor. Nach derselben sind erhoben und an die zuständigen

Universitäts-Bibliothek: Bm. 11-1.
Börseversammlung: Bm. 8 im Stadtschießgraben (mit Cours-Rot.).
Städtisches Rathaus: Expeditionsstunden Bm. 8-12, Am. 2-4.
Städtische Sparkasse: Kassenstunden Bm. 8-1, Am. 3-4.
Sparkasse f. d. Saalkreis: Kassenstunden Bm. 2-6 Bräckerstr. 13.
Polytechnischer Verein: Bm. 7 1/2-10 ft. Sandberg 16.
Handwerkerbildungverein: Bm. 8-10 in Boco's Etablissement.
Verein junger Kaufleute: Bm. 8-10 in Boco's Etablissement.
General-Versammlung der Ärzte und Apotheker im Regierungs-Bezirk Merseburg in der „Stadt Hamburg“.

Bisenbahnfahrten. (C = Courtag, S = Schnellzug, P = Personenzug, G = gemischter Zug.) Abgang in der Richtung nach:
Berlin 3 u. 55 M. Am. (C), 7 u. 45 M. Am. (P), 1 u. 15 M. Am. (P), 6 u. Am. (S).

Wesleben 7 u. 50 M. Am. (G), 1 u. 30 M. Am. (P), 7 u. 15 M. Am. (P.).
Leipzig 6 u. 15 M. Am. (G), 7 u. 30 M. Am. (P), 10 u. 35 M. Am. (S).
Magdeburg 7 u. 45 M. Am. (S), 9 u. Am. (G), 1 u. 10 M. Am. (P).
Hüttingen 5 u. 10 M. Am. (P), 5 u. 30 M. Am. (G), 11 u. 20 M. Am. (S).
1 u. 45 M. Am. (P), 7 u. 20 M. Am. (P - bis Gotha), 11 u. 21 M. Am. (S).

Personenposten. Abgang von Halle nach:
Cönnern 9 u. 30.
Salzmünde 9 u. Am. - Köthen 4 u. Am. - Hohenstein 3 u. Am.
Erfurt 7 1/2 u. Abbs. - Wettin 4 u. Am.

Fremdenliste.

Angelommene Fremde vom 22. bis 23. Mai.
Kronprinz. Hr. Privat, Semington m. Gem. a. Neuhof. Hr. Rittergutbes. Graf v. d. Schulenburg a. Lützenburg. Die Herrn. Kaufm. Ritter a. Worms, Heßlich a. Leipzig, Steinberg a. Hamburg.
Stadt Zürich. Hr. Fabrikbes. Betters a. Dresden. Die Herrn. Cassel. Kühn a. Hamburg, Koffen a. Hannover. Hr. Hotel. Leubner a. Frankfurt a. M. Hr. Oberstlieut. v. Lampe a. Berlin. Hr. Rent. v. Bedmann a. London. Hr. Rittergutbes. Gellmundt a. Thüringen. Rent. Jacoby a. Braunshweig. Die Herrn. Kaufm. Thomas a. Köln, Puppe a. Magdeburg, Brens a. Leipzig.
Stadt Hamburg. Hr. Rent. Stumpfnagel a. Wittenberge. Hr. Rittergutbes. Baron v. Bodenhausen m. Fam. a. Meinesch. Hr. Amtm. Stopp a. Schmöbn. Hr. Amtm. Gübner a. Weisenschirnbach. Die Herrn. Kaufm. Berger, Schmidt, Neumann, Langhennig, Berliner u. Kröbel a. Leipzig, Lampmann a. Rensseld, Herrmann, Strauch, Hollender m. Fam. u. Delner a. Berlin, Leubner a. Mainz. Hr. Amtm. Krüger a. Garßen.
Mente's Hotel. Hr. Major Wittge a. Halle. Frau Lange m. Tochter u. Frä. Sente a. Königsberg. Hr. Offiz. Walsch a. Schöneberg. Hr. Burthe m. Frau a. Magdeburg. Die Herrn. Kaufm. Brommelt a. Leipzig, Grunefeld a. Nordhausen, Kunze u. Gabe, Klappert a. Gieselen, Gantert a. Schöneberg, Gebhardt a. Magdeburg. Die Herrn. Stad. jur. Reimar u. Domer a. Ebingen. Hr. Pastor Ansbach a. Gressfeld. Hr. Militär Raundorf a. Wettin.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 4 columns: 22. Mai, Morgens 6 Uhr, Nachmitt. 2 Uhr, Abends 10 Uhr, Tagesmittel. Rows include Luftdruck, Dunndruck, Rel. Feuchtigkeit, and Luftwärme.

lassen abgeliefert: Grundsteuer 2967 Thlr. 20 Sgr. 4 Pf., Gebäudesteuer (548 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf. Schegelhäuser) 18281 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf., Klassensteuer (18 Sgr. 8 Pf. Schegelhäuser) 15 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf., Gemeindefeuer (841 Thlr. 12 Sgr. 8 Pf. Schegelhäuser) 2103 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf., Renten (31 Thlr. 28 Sgr. 9 Pf. desgl.), Pf. desgl.) 27 Sgr. 5 Pf., Einkommensteuer (50 Thlr. 14 Sgr. 7 Pf. Pöhlgeb.) (Rente 180 Thlr. 19 Sgr. 5 Pf.) 53704 Thlr. 27 Sgr., Freirechtsbeiträge (42 Thlr. 1 Sgr. 9 Pf. Schegelhäuser) 2103 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. Summa: 100,974 Thlr. 14 Sgr. 4 Pf. - Die Verammlung hat gegen die Rechnung nichts zu erinnern und erstattet die Decharge.

4. Von einer Seite des Magistrats mitgetheilten Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben bei der südlichen Vorhule in den 5 Schuljahren von Oetern 1861 bis Oetern 1866, welche einen Ueberschuß von 386 Thlr. 8 Sgr. 2 Pf. ergibt, nimmt die Verammlung Kenntniß.

5. Bezug der zur Abhaltung des diesjährigen hiesigen Wollmarkts erforderlichen Einrichtungen, worüber sich eine detaillirte Kostenberechnung im Voraus nicht aufstellen läßt, beantragt der Magistrat die Bewilligung eines Credits von 500 Thlr. zur Disposition der Wollmarkts-Commission. - Die Verammlung bewilligt den beantragten Credit bis zur Höhe von 500 Thlr., empfiehlt aber, bei Vertheilung des Baues der Wollmarktsbuden eine Festlegung mit dem betreffenden Bau-Entrepreneur für den Fall zu verabreden, daß der Markt nicht zu Stande kommen sollte.

6. Auf Antrag des Magistrats wolle die Verammlung zur Bildung der vorerwähnten Commission für Untersuchung der Familien der in Folge der Mobilisation einkamernten Wehrtheile der Herren Hänschel, Glocker, Welter, und außerdem die Herren Ritter Brodtkorb und Fabrikant A. Nebert.

Sigung am 14. Mai 1866.

Vorherr: Justizrath Kriftsch.

1. Der Besizer des Hauses Hatz Nr. 3 hat um Ueberlassung des 3/4 Quadrathalten haltenden, an seine Grundstücke Hatz Nr. 3 und 4 grenzenden und in die dortigen Grundstückseinsparungen südlichen Terrains nachgesucht, um dasselbe in der Richtung mit entsprechender Einfriedigung zu versehen. - Der Magistrat befürwortet im Interesse der Verbesserung des Anblicks dieses hübschen Winkels die Ueberlassung gegen eine Entschädigung von 20 Thlr. pro Quadrat-Ruthen. - Die Verammlung ist mit der Ueberlassung des fraglichen Terrains gegen die beantragte Entschädigung einverstanden.

2. Nachdem mittelst Beschlusses vom 26. März c. die der Stadtkasse zur Last wählenden Kostenanteile für Reparatur der Pumpen auf dem Rittergute Besen vorläufig bewilligt worden sind, beantragt der Magistrat die Vorauszahlung dieser Kosten-Anteile und zwar a) für die Pumpe auf dem Schieferhofe 50 Thlr., b) für dieselbe im Kuhstalle 15 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf., c) für die große Soppumpe 37 Thlr. 2 Sgr. 3 Pf., in Summe 108 Thlr. 12 Sgr. 11 Pf. zu genehmigen. - Die beantragte Genehmigung seitens der Verammlung geschieht.

3. Mit der Seite des Magistrats beantragten Erhöhung einer aus den disponiblen Revenüen-überschüssen der Wäckerer Gasse Stiftung zu gehörenden Prämie von ihrem jetzigen Betrage a 36 Thlr. auf 60 Thlr. jährlich, erklärt sich die Verammlung einverstanden.

4. Mit der eingetretenen Mobilisation ist das Gesetz wegen der Kriegseisführungen und deren Vergütung vom 11. Mai 1851 in Kraft getreten, wonach die Gemeinden unter Anderem verpflichtet sind, den an sie ergehenden Requisitionen der Truppen zur Befriedigung nicht allein von Nahrungsmitteln und Fourage aller Art, sondern auch anderer Kriegsvorräthe dinstlich innerhalb der oft äußerst kurz bemessen werden den Fristen zu genügen. Um dies zu können und auch weitergehenden Ansprüchen fremdländischer Truppen, soweit dies zur Verhütung von Calamitäten für die Stadt nöthig werden sollte, in kürzester Zeit entgegen zu können, beantragt der Magistrat die Bildung einer besonders gemischten Deputation unter der Firma „Requisitions-Commission“, welche namentlich ausdrücklich zu bevollmächtigen wäre, in allen nach Obigen ihr zur ausüblichen Behandlung zu überweisenden Angelegenheiten rechtsverbindlich beide südlichen Behörden zu vertreten und Namens derselben nach ihrem besten Ermessen Alles anzuordnen und zu thun, was in nachbald dieses ihres Beschlusses anzuordnen und zu thun nöthig werden wird, insbesondere auch für die Stadt voranzuschickende Beträge einzuziehen und Leistungen aller Art zu Käsen derselben anzuordnen und ihre Ausübung zu veranlassen. - Die Verammlung erklärt sich mit Bildung der Requisitionen-Commission einverstanden, erwählt hierzu zu Mitgliedern die Herren pp. Sildenhagen, Glocker, Welter, Häfke, Bethke, Richter und Welter, und ermächtigt dieselben, im Verein mit dem Magistrat die zur Defung der durch die Zeitverhältnisse hervorgerufenen außerordentlichen Anforderungen gebotenen Dispositionen zu beschließen.

Bekanntmachungen.

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Merseburg.

1. Abtheilung.

den 12. Mai 1866 Mittags 12 Uhr.

Ueber den Nachlaß des am 28. August 1865 zu Mitscherhitz verstorbenen Antmanns Oetomar Seyner ist der gemeine Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rechtsanwalt Woelfel zu Lützen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 25. Mai d. J.

Vormittags 11 Uhr

im Kreisgerichtsgebäude, Zimmer Nr. 9, vor dem Kommissar Herrn Kreisrichter Hindfleisch anderaumten Termine die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihr etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an dessen Erben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besizer der Gegenstände bis zum 13. Juni d. J. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer ewanigen Rechte, eben dahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandsachen bis zum vorgedachten Tage nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 13. Juni er. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnachst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf den

den 29. Juni er.

Vormittags 10 Uhr

vor dem Kommissar Herrn Kreisrichter Hindfleisch im Terminzimmer Nr. 9 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwält Woelfel, Gungler, Rechtsanwält Weßel, Bis und Klinkhardt hier und Justizrath Herrfurth zu Wehlitz zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Für diejenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen bereits in erbhafflichen Liquidations-Verfahren angemeldet haben, bedarf es nur insofern einer Ergänzung dieser Anmeldung, als etwa ein Vorrecht für die angemeldete Forderung in Anspruch genommen wird. Andererseits haben Gläubiger, welche durch das Prä-

klusions-Erkenntniß in dem erbhafflichen Liquidations-Prozesse ausgeschlossen worden sind, auch im Concurse erst noch Befriedigung sämtlicher rechtzeitig angemeldeten Forderungen aus der Masse erwas zu gewärtigen.

Merseburg, den 12. Mai 1866.

Königl. Kreisgericht, 1. Abtheilung.

Verkauf eines werthvollen Fabrikantwesens.

Ein in Süddeutschland gelegenes Fabrikantwesen, in welchem die Papierfabrikation die Hauptbranche bildet, in günstiger Lage, mit einer Wasserkraft bis zu 350 Pferdekraften, bei vielfachen sonstigen, durch die besondere Günst der Lage gewährten Betriebsvorteilen, seit länger als 100 Jahren im schwunghaftesten Betriebe, bei einer festen soliden Kundschaft mit einem jährlichen Reinertrag von ca. 31,000 rhein., ist, da der derzeitige Besitzer sich in Ruhe zu setzen gedenkt, aus freier Hand zu verkaufen.

Zwei Drittheile des Kaufpreises können unter Umständen auf dem Anwesen stehen bleiben. Solide Selbstkäufer wollen sich an den unterzeichneten Bevollmächtigten des Verkäufers wenden. Coburg, im April 1866.

Der Notar F. Streit.

Eine tüchtige Wirtschaftsmaschine mit guten Zeugnissen versehen, welche schon auf mehreren Rittergütern gewesen ist, sucht gleich oder zu Johann eine Stelle, womöglich selbstständig zu führen. Man bittet die Adresse in der Expedition der Zeiger Zeitung niedereulegen.

Ein fettes Schwein verkauft Thalgaße 6.



Große Pferde-Auktion in Aschersleben.



Die durch beendete Militair-lieferungen erhaltenen Reserve-Pferde, circa 100 Stück, unter denen Reit-, Kutsch- und Arbeits-Pferde (theils dänische sowie Hannöv. Race), lasse ich von

Donnerstag den 24. d. M. von Vormittags 10 Uhr ab in meinem Schloß mit einer 4wöchentlichen Garantie, gegen baare Zahlung, eventuell gegen 2- bis 3monatlichen Credit meistbietend versteigern.

Heinemann.

Erklärung.

Es ist mir in letzter Zeit von Seiten der Direktionen mehrerer Zuckerfabriken bekannt geworden, daß dieselben bei den Herren **Weißner & Zimmermann** in Halle Aufträge in Maschinenöl niedergelegt haben, in dem festen Glauben, auch dort mein anerkannt gutes Fabrikat unverfälscht zu erhalten; es haben sogar Einige ausdrücklich bei ihren Bestellungen „**Polborn'sches Maschinenöl**“ vorgeschrieben.

Um etwaigen späteren Mißdeutungen vorzubeugen, sehe ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß die Herren **Weißner & Zimmermann** in Halle seit **Februar 1865** kein Maschinenöl von mir bezogen haben, und daher nicht in der Lage waren, **Polborn'sches Maschinenöl** liefern zu können.

Ich ersuche daher die verehrlichen Vorstände der Zuckerfabriken, wie meine verehrte Kundschaft überhaupt, die mir gütlich zugebachten Aufträge auf **Maschinenöl** und **Wagenfette** mir entweder direkt oder meinem eigenen Reisenden gefälligst erteilen zu wollen.

Berlin, den 19. Mai 1866.

Ludwig Polborn.

Ein gut gelegenes Cigarren-Detailgeschäft in Berlin ist mit einer mäßigen Anzahlung so bald als möglich zu übernehmen u. ertheilen darüber nähere Auskunft
Heime & Bieler, Bahnhofstr. Nr. 11.

Ein gewandter junger Kellner findet sofort Stellung in „Paradies.“
Winkelmann.

Ein tüchtiger Verwalter wird sogleich oder zum 1. Juli gesucht. Wo? sagt **Ed. Stückrath** in der Exp. d. Ztg.

Ein junger, tüchtiger und militärfreier Geschäftsmann, dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht zum sofortigen Eintritt Stellung in einem Fabrik- oder sonstigen ea gros Geschäft, sei es auch nur zur Vertretung während der Kriegszeit. Näheres unter K. K. nimmt **Ed. Stückrath** in der Exp. d. Ztg. entgegen.

Ein Commis, welcher kürzlich seine Lehrzeit beendete, wird halsigst gesucht. Adr. unter A. F. poste restante Halle franco.

Ein tüchtiges Mädchen für Küche u. Hausarbeit wird nach auswärtig gesucht. Eintritt sogleich oder 1. Juli. Meldungen große Märkerstraße Nr. 27.

Ein übercompletes Pferd steht billig zu verkaufen
Leipzigerstraße Nr. 97.

Zwei starke braune Wagenpferde, 6 u. 9 Jahr alt, sehr flott und ganz jugfest, sind preiswerth zu verkaufen
Geiststraße 13.

Frische Thüring. Salzbutten, à Pfd. 9 1/2 Sgr., in Kübeln billigst, empfiehlt
Otto Thieme.

Roggenkleie, in ganz reiner Waare, ist in größeren und kleineren Posten zu billigstem Preise zu haben in der Mehlhandlung von **Th. Gottsch**, Moritzkirchhof Nr. 15.

Ein Berg Pferdebedünger liegt zu verkaufen beim Pferdehändler **Sommerfeld**, goldene Kugel.

Die fünfte Lieferung des Werkes
Die Stadt Halle
von **C. S. Freiherrn von Hagen**
(Verlag von **G. Emil Barthel**)

wurde an die Abonnenten versandt. Dieselbe enthält: Das Haltsche Armenwesen (Schluß). — Lehr- und Bildungs-Anstalten (u. a. Universität). — Wissenschaftliche Sammlungen (u. a. Bibliotheken). — Zeitschriften. — Buch-, Kunst- u. Handlungen. — Wissenschaftliche u. Fortbildungs-Vereine. — Gesellschaften und Institute zur Förderung der Künste, der Humanität und Geselligkeit.

Richard Mühlmann.

Im Verlage von **J. Fricke** hier sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Gegenwart und Zukunft.

Ein Zeitbild.

Preis 22 1/2 Sgr., eleg. gebd. 1 Thaler. Diese Erzählung reißt sich den Schriften „Durch Kreuz zur Krone“, „Margarethe“, ein christlicher Roman von Frauenhand“ an.

Die schlechteste Staatsverfassung.
Erörterung eines Unparteiischen.
Preis 6 Sgr.

Die beste Staatsverfassung.

Erörterung eines Unparteiischen.
Preis 6 Sgr.

Feinstes Caffee-Surrogat, in Stanniol, welches dem Caffee einen stärkeren und besseren Geschmack giebt, empfing so eben wieder und empfiehlt à 4 7 1/2 Sgr.

Gustav Rühlemann,
Königsplatz 7.

Engl. Nusskohl
(doppelt gesiebte Lampton) soeben frisch angekommen, empfehlen zu dem billigsten Preise
Halle a/S.

Schömburg Weber & Co.
am Hafen.

Gebauer-Schwetfche'sche Buchdruckerei in Halle.

Bekanntmachung.

Den 26. Mai c. Vormittags 9 Uhr soll die diesjährige Ernte von 4 1/2 Morgen Separafette im Sönnnerischen Steinbruchsfelde, ferner von drei Morgen Kartoffeln, theils ebenfalselbst, theils auf der kleinen Burg am Schenkesteinbrüche, und zwar: der Separafett in Parzellen von einzelnen Morgen, die Kartoffeln von je 1/2 Morgen an Ort und Stelle meistbietend unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden.

Rothenburg, den 20. Mai 1866.

Im Auftrage: Die Ortsbehörde.

Bermiethung.

Eine gr. anst. u. sehr freundliche Wohnung, so wie eine dergl. mittlere, auch Pferde stall, Wagenremise, sind sofort oder später zu vermieten Königsplatz 39 neben dem Telegraphenamt.

Laden-Bermiethung.

Gr. Märkerstraße Nr. 23 ist ein neu eingerichteter Laden mit Wohnung und allem Zubehör zu vermieten. Näheres daselbst im Ho e links, 1 Treppe.

Pferde-Verkauf.

1 hellbraunes Kutschpferd, 6 J., durch die Aushebung vereinelt,
1 kastanienbraunes Kutschpferd, 10 J., durch die Aushebung vereinelt, und mehre brauchbare ältere Ackerpferde verkauft die Wirthschaft Salzmande.
Billaret.

Halboren-Schwimm- u. Bade-Anstalt.

Einem hochgeehrten Publikum die ergebenste Anzeige, daß unsere hinter der „grünen Aue“, früher goldenen Egge, unter dem Wehre befindliche Schwimm- u. Bade-Anstalt nebst Schwimmunterricht vom heutigen Tage ab seinen Anfang nimmt. Um zahlreichen Besuch bitten

Hochachtungsvoll
Die Schwimm-Meister
A. Wandermann. Fr. Wandermann.
Chr. Ebert.
Halle a/S., den 23. Mai 1866.

Die Römischen Bäder in Rudersdorf

bei Mittenberg, Prov. Sachsen, die ersten in Deutschland, werden am 1. Mai c. eröffnet. Sie sind vorzüglich hülfreich gegen Rheumatismus, Magen- und Unterleibsleiden u. Neuralgien. Näheres in: „Die Römischen Bäder zu Rudersdorf“, Leipzig, bei **Gustav Meyer**, 3. Auflage. Preis 7 1/2 Sgr. Prospectus gratis.

Ein langer, mit grauem halbwoll. Zeuge überz. Fuhrmannspelz, mit schwarzer u. grauer Wolle gef., ist auf dem Wege von **Bennstedt** nach **Nietleben** verl. gegangen. Der resp. Finder wolle denselben gegen gute Belohnung beim Gastw. **Bärndorf** in **Nietleben** abgeben.

Nachruf an Hugo Küstermann in Freiburg.

Du schläfst in guter Ruh
Wohl jetzt in tiefem Schatten,
Es deut mit grünen Matten
Der liebe Gott dich zu.

Ein linder Frühlingswind
Geht wie in goldenen Träumen,
Kings in den stillen Bäumen
Und grüßt dein Weib und Kind.

Die Jahre naht und geht,
Bald sind auch wir verstorben;
D' bist für uns da droben,
Daß wir uns wiederseh'n!
Geuß, Cölme und Halle.

Herzlichen Dank allen denen, welche mir bei der Krankheit sowie Beerdigung meiner lieben Frau, **Julie Schwarz** geb. **Künstler**, hülfreichen Beistand leisteten; nur auf diesem Wege meinen innigsten Dank.

Gerbstädt, den 22. Mai 1866.
Otto Schwarz, Maler.

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelfacher Abnahme 1 Thlr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 12½ Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreizehnpaltene Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N^o 117.

Halle, Donnerstag den 24. Mai
Hierzu zwei Beilagen.

1866.

Deutschland.

Die Nachricht des „Dresdner Journals“, daß der Pariser Congreß allseitig angenommen, ist bereits in unserer gestrigen zweiten Beilage als unbegründet nachgewiesen worden. Jetzt bringt das genannte amtliche Blatt den Widerruf in folgender Weise:

Wien, d. 22. Mai. (Directe Meldung.) Die Nachricht, daß der Pariser Congreß unter allseitiger Theilnahme der betreffenden Mächte bereits am 25. Mai zusammentreten werde, wird hier als verfrüht betrachtet. Man will wissen, daß Oesterreichs Antwort bis gestern Nachmittag noch nicht abgegangen war. (Die Nachricht, daß der Congreß allseitig angenommen sei und nächsten Freitag die Eröffnung desselben stattfinden werde, wurde uns gestern von Berlin aus besser Quelle gemeldet, und wir beilieten uns deshalb, unsern Lesern diese Nachricht, ihres friedlichen Charakters wegen, per Extrablatt mitzutheilen; wie es scheint, bedarf dieselbe indessen doch noch der Bestätigung. V. Red. des Dresdn. Journals.)

Die „Berl. Börsen-Zeitung“ glaubt die genau bezeichnen zu können, indem sie sagt: „Journ.“ ist von Berlin aus allerdings den Gelandten Grafen Hohenhal nach Dresden lebendig auf eine am Sonnabend Abend auf Gelandten v. Dubril ausgebrütete Ente zu Graf Hohenhal mystificirt sein dürfte. In verhältniß wesentlich anders. Es liegt dem hiesigen Angefichts der jetzigen Eventualität bereits zur Unterschrift vor. Die Aufstellung Truppen nehmen ungestört ihren Fortgang Kronprinz zur schlesischen Armee ab. Wie taitis hinzufügen können, die Beweisen würd richtig sind, allein die Zeitungen müssen eine große Zurückhaltung auflegen, um gefahren.

Die Wiener Blätter äußern sich so h. Vorschlag, daß man sich dort nur noch n scheint, in welcher derselbe zu begraben ist, zu empfindlich zu verletzen. Nach vielfachen zung Oesterreichs doch selbst bei vielen deutl rängen Anstoß erregt. Selbst der „St.-Anz österreichischem Fanatismus das Aeußerste l als preußisch werden will, beginnt dem l. Hoshmuth den Vort zu lesen, der Alles zu es verschiedenen mittelstaatlichen Regierungen Köane, ihren nächstens zusammentretenden R beizubringen, daß für Oesterreich als den werden müsse. Diese Mißstimmung über auch bereits auf der Bamberger Conferenz nur zu wünschen, daß die preussische Regier- dung gebührend beachte und nicht durch m gen die Strömung wieder auf die andere e. Hofstrung des mit der Rücksichtslosigkeit d vorgehenden Oesterreich liegt noch die Mögl halten, oder doch mindestens einen Bürgerkrieg Preußens mit den and- dem deutschen Staaten zu verhüten, den man mit seiner neuen Aus- saat klüglichen Hasses für eine lange Zukunft hinaus hüben wie drüben außs Tiefste verabscheuen muß.

Ueber den Pariser Congreß sagt übrigens ein in der neuesten „Köln. Zig.“ enthaltenes Telegramm aus Paris vom 22. Mai: „Die Hoffnung der Annahme bleibt, allein die amtliche Notification des Pro- grammes wird erst am Donnerstag von Paris abgehen.“

Der Pariser „Conf. tutionnel“ schreibt: „Frankreich und England sind über die Form, in welcher sie ihre Eröffnungen an die in Const. l

bestimmlichen Regierungen richten wollen, einig; der zustimmenden Ant- wort Rußlands wird entgegengesehen und hat man allen Grund zu hoffen, daß in wenigen Tagen die drei Kabinete in der Lage sein wer- den, den beregten Schritt zu thun. Es ist unmöglich, sich über den Ernst der Zerwürfnisse zwischen Preußen, Oesterreich und Italien Illu- sionen zu machen; sobald jedoch Frankreich, England und Rußland sich einer derartigen Mission unterziehen, so wäre es unverständlich, zu glau- ben, daß dieselbe von ihnen nicht ernst genommen wird. Nach dem, was bis jetzt verlautet, würden die drei Mächte die Bedingungen einer Einigung in territorialen Ausgleichungen suchen, welche den Interessen Preußens, Oesterreichs und Italiens in gleicher Weise entsprechen. Die Schwierigkeit der zukünftigen Verhandlungen liegt darin, diese Ausglei- chungen aufzufinden.“

Die „Weimarsche Zig.“ vom 22. Mai erklärt: „Das Pariser Pro- gramm habe in Wien und Berlin Anstoß erregt; doch erhalte sich die Hoffnung, daß ein Kongreß auf allgemeinerer Basis stattfinden werde.“

Frankfurter Abgeordnetentages zfügen ist: „Fürsten und Minister, welche verschulden oder aus Sonderinteressen die n, machen sich eines schweren Verbrechens haben sich die bei dem Tage theilhafti geter protestirend vernehmen lassen, wie das sagt.“

d. 22. Mai. Die „Neue Frankf. Zig.“ auf dem hiesigen Abgeordnetentage erschie- nen Abgeordneten, laut welcher dieselben Abgeordnetentage angenommen Ausschuf-

Protest noch folgende Nachricht: 22. Mai. In der gestrigen Generalversam- lung des hiesigen Abgeordnetentages wurde die Beschlusse des hiesigen Abgeordnetentages angenommen Ausschuf- g: holscheinschen Vereins stand auf der betreffs einer zu fassenden Resolution: das schleswig-holsteinische Volk muß verlangen, daß des in einem zu reorganisirenden schleswig-holstein- ite Oesterreichs und der bundestretuen deutschen Staats- einheit und Freiheit Deutschlands und unser Landes- daß Oesterreich und der Bund unser Landesrecht aus ob denselben fast einstimmig zum Beschluß.

bringt unter der Aufschrift „Preussische ittheilungen:

a. Coblenz, d. 19. Mai. Auf der Eisen- ind 167 Ertrazüge für Truppen bis 7. und Ein Theil des 7. Armee-Corps soll unter den Bahnen bis Bieddorf befördert und von Beklar dirigirt werden. — Es ist nun auch i aus den nicht zu Festungs-Befahrungen be- lationen des 7. und 8. Armee-Corps ein Re- 10 Mann bei Siegen aufgestellt werden soll. — werden große Magazine angelegt und in Be- kress der erforderlichen Lieferungen in diesen Tagen in Coblenz und Coblenz Contracte abgeschlossen. — Schon seit gestern sind in hhere General- stabsoffiziere und Beamte der Beispflegungsbranche aus Berlin hier anwesend.

Schlesische Zeitung: Extra-Blatt. Breslau, d. 20. d. M. Wir erfahren soeben aus sicherer Quelle, daß in Berlin während der letzten Tage wichtige Beschlüsse in Betreff der Aufstellung der Armee gefaßt und die nöthigen Befehle an die Truppen sofort erlassen sind. Demnach sollen im Sinne einer strikten Defensiv vorläufig 4 Armeen concentrirt werden, und zwar wird die